



# Ausgemachte Dummheit

Sozialversicherungsexperte Bernd Raffelhüschen kritisiert die Rente mit 63 und die Mütterrente als gravierende Fehler der Bundesregierung

Professor Dr. Bernd Raffelhüschen gilt in Fachkreisen als der Sozialversicherungsexperte schlechthin. Die Forschungsschwerpunkte des Professors für Finanzwissenschaft an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg liegen in den Bereichen der Sozial- und Steuerpolitik – insbesondere der Alterssicherung, der Gesundheitsökonomie und der Pflegevorsorge. In der Tradition der „Freiburger Schule“ stehend vertritt Raffelhüschen eine liberale Auffassung bezüglich der Reform des deutschen Rentensystems. Seine Forschungsergebnisse fanden ihre Würdigung, indem Raffelhüschen in die Rürup-Kommission berufen wurde.

Da die Beiträge zur Rentenversicherung fast hälftig durch den Arbeitgeber getragen werden, ist es für eine Organisation wie den BDS von immensm Interesse, zu erfahren, mit welchen zusätzlichen finanziellen Belastungen bei den Lohnzusatzkosten ein mittelständischer Unternehmer künftig zu rechnen hat. Um dies zu eruieren, trafen sich Rita Seiler und BDS-Vizepräsident Hans-Peter Murmann mit Professor Bernd Raffelhüschen in dessen Freiburger Büro.

### **Tickende Zeitbombe**

Um zu verhindern, dass die Sozialkassen zu einer tickenden Zeitbombe werden, plädiert Raffelhüschen zunächst grundsätzlich für ein höheres Renteneintrittsalter, da sich die Lebenserwartung – statistisch gesehen – immer weiter verlängert. Das bedeute – so Raffelhüschen weiter –, dass künftig länger gearbeitet werden muss. „Man kann nicht jeden Tag, den man länger lebt, als einen Tag länger in Rente verbringen.“ In den 60er Jahren habe man für ein Jahr Rentenbezug viereinhalb Jahre lang gearbeitet. Heute müsse man für ein Jahr Rentenbezugszeit nur noch zwei Jahre arbeiten, unterstrich Raffelhüschen. Daher halte er den Vorschlag von Bundesfinanzminister Schäuble, der sich dafür ausgesprochen hatte, das Renteneintrittsalter an die durchschnittliche Lebenserwartung zu



koppeln, für einen sinnvollen Weg, betonte Raffelhüschen und bezeichnete in diesem Zusammenhang die Rente mit 63 und die Mütterrente als eine „ausgemachte Dummheit“.

### **Einseitige Belastung**

Sollte die Politik jedoch der Forderung nach einem höheren Rentenniveau nachgeben, würden künftige Beitragszahler einseitig belastet, befürchtet der streitbare Finanzwissenschaftler. Auch wer die Beibehaltung des heutigen Rentenniveaus fordere, beseitige keine Altersarmut, hebt Raffelhüschen hervor, weil nach seinen Berechnungen ab dem Jahr 2040 die Beitragszahler voraussichtlich fast 27 Prozent ihres Einkommens in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen müssten.

Stattdessen will der Finanzwissenschaftler das Rentenniveau weiterhin an die Geburtenrate jeder Generation knüpfen. Nur dann könnten die Beiträge konstant gehalten werden, prognostiziert Raffelhüschen.

Besonders interessierte Rita Seiler und Hans-Peter Murmann

Raffelhüschens Einschätzung zu den Plänen, auch Selbstständige in die gesetzliche Rentenversicherung zwangszu verpflichten.

Der Rentenökonom positioniert sich eindeutig: „Mittelständische Unternehmer haben ihre Alterssicherung selbst zu organisieren.“ Auch das Argument der Liquiditätsverbesserung bei den Rentenkassen, wenn Selbstständige und Beamte zur Beitragszahlung verpflichtet werden, will Raffelhüschen nicht gelten lassen. Den Mehreinnahmen stünden dann weitere Ansprüche auf eine staatliche Rente gegenüber. Mit einer Rente für alle würden die zukünftigen Finanzierungsprobleme nicht entschärft, sondern vergrößert werden. Besonders „schwachsinnig“ sei das Liquiditätsargument, wenn es um die Einbeziehung von Beamten gehe, weil der „Beamtenapparat“ in Deutschland völlig überaltert sei. Beamte in Rentenversicherung zu integrieren, heiße für ihn nichts anderes, „als die Handgranate, die heute als Pensionslast auf den Länderhaushalten liegt, der Rentenversicherung in den Schoß zu schmeißen“.

### **„Schimäre“ Altersarmut**

Auch zum Thema „Altersarmut“ hat Bernd Raffelhüschen seinen eigenen Kopf. Die Altersarmut sei eine „Schimäre“, sagt Raffelhüschen mit Blick auf einen Bericht des Westdeutschen Rundfunks, in dem behauptet wurde, die Altersarmut betreffe inzwischen rund 50 Prozent der Bevölkerung. Für ihn seien viele Journalisten, die über Rente oder Altersarmut schrieben, unterbelichtet, wenn es um Statistik gehe, und hätten ihr Abitur wohl nur mit dem Leistungskurs Gemeinschaftskunde bestanden, nicht aber mit Mathematik. Tatsächlich liege die Altersarmut in Deutschland laut Statistischem Jahrbuch bei gut drei Prozent und nicht bei 50 Prozent. Natürlich werde es immer einen Sockel von Armen geben, resümierte Raffelhüschen. „Aber es gibt viel weniger arme Alte als arme alleinerziehende Mütter oder Niedrigverdiener mit vielen Kindern.“ A.S. ■

„Man kann nicht jeden Tag, den man länger lebt, als einen Tag länger in Rente verbringen.“



---

**D**er Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses des Deutschen Bundestages, Dr. Peter Ramsauer, hat in einem DS-Gespräch die Kosten der Flüchtlingspolitik auf 30 000 Euro pro Flüchtling und Jahr berechnet. Ramsauer geht von einer Summe von insgesamt 180 Milliarden Euro aus, wobei er die Integration der Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt innerhalb von sechs Jahren zugrunde gelegt hat. Professor Bernd Raffelhüschen beziffert die Kosten – bezogen auf den gleichen Zeitraum – für den deutschen Steuerzahler dagegen auf 900 Milliarden Euro.

**?** Welche Fakten haben Sie Ihren Berechnungen für diese exorbitant hohe Summe zugrunde gelegt?

**Bernd Raffelhüschen:** Meinen Berechnungen liegen sämtliche Staatsausgaben, wie zum Beispiel die Sozialversicherung, zugrunde, die über die Lebenszeit eines Flüchtlings für den Staat anfallen. 70 Prozent der Flüchtlinge sind unqualifiziert, etwa 25 Prozent sogar Analphabeten. Unterstellen wir einmal, dass ein 35-jähriger Flüchtling nach fünf Jahren für einen Beruf qualifiziert ist. Wenn dieser dann mit 40 Jahren in den Arbeitsmarkt kommt, kann er niemals 45 Jahre lang Beiträge zahlen, um eine auskömmliche Rente zu erhalten. Soll heißen: Selbst bei einer Integration der Zuwanderer in den Arbeitsmarkt innerhalb von sechs Jahren belaufen sich die Zusatzkosten langfristig auf 900 Milliarden Euro. Allerdings möchte ich herausstellen, dass auch ein inländischer Hartz-IV-Empfänger genauso viele Kosten induziert, denn er zahlt nie im Leben das in die Sozialkassen ein, was er an Transferleistungen zurückbekommt.

# Schockprognose: 900 Milliarden Euro Staatsausgaben befürchtet

**Bernd Raffelhüschen plädiert für ein Einwanderungsbegrenzungs-gesetz, um eine fiskalische Dividende zu erreichen**

? Mit welchen Kosten ist denn zu rechnen, sollte die Integration in den Arbeitsmarkt nicht innerhalb von sechs Jahren gelingen?

**Bernd Raffelhüschien:** Sollte die Qualifikation und Integration in den Arbeitsmarkt mehr Zeit benötigen, fallen die Kosten deutlich höher aus.

? Sollte die Integration in den Arbeitsmarkt innerhalb von sechs Jahren gelingen, gehen Sie dennoch von dauerhaften Kosten von 17 Milliarden Euro pro Jahr für den deutschen Steuerzahler aus. Wie das?

**Bernd Raffelhüschien:** In dieser Berechnung haben wir nicht die gesamte Zuwanderung erfasst, sondern nur die Kosten, die unmittelbar aus der zusätzlichen Zuwanderung entstehen. Es geht hier um die rund 800 000 Personen, die der Einladung der deutschen Regierung gefolgt sind und bei denen die Ausgaben ähnlich zu beziffern sind, wie die für die in Deutschland bereits lebenden Flüchtlinge.

? Nun sprechen einige Ökonomen von einem Konjunkturprogramm durch den Flüchtlingsstrom und prognostizieren eine Erhöhung des Bruttoinlandsprodukts von 0,2 Prozent...

**Bernd Raffelhüschien:** Das ist eine Momentaufnahme. Dieser kleine Konjunkturboom



„Deutschland ist das einzige Einwanderungsland ohne Einwanderungsregeln“

hängt ausschließlich damit zusammen, dass der Staat Geld in die Hand nimmt. Er muss zum Beispiel neuen Wohnraum schaffen oder zusätzliche Lehrer und Sozialarbeiter einstellen.

? Die Bundesregierung behauptet, dass die Integration der Flüchtlinge auch ohne zusätzliche Steuererhöhungen zu stemmen sei. Halten Sie das für realistisch?

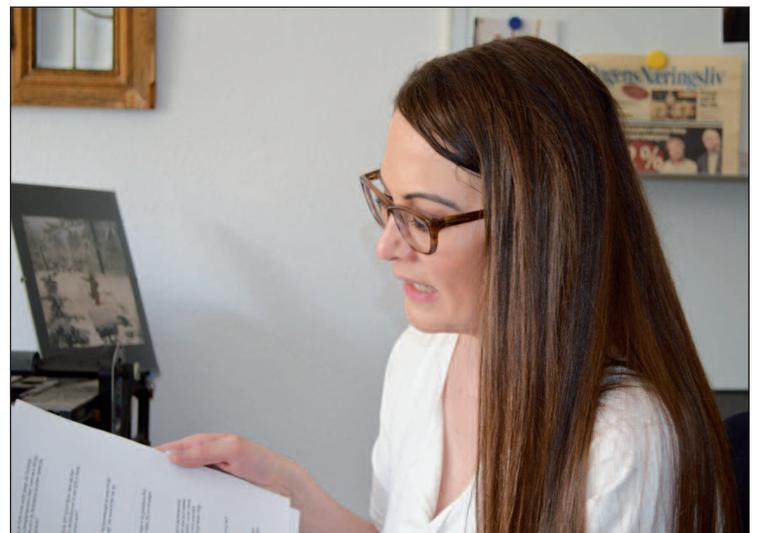
**Bernd Raffelhüschien:** Es ist doch unstrittig, dass der Flüchtlingsstrom Geld kostet. Wenn wir das Konjunkturniveau und die Steuereinnahmen auf dem heutigen historisch hohen Niveau halten könnten, wäre die Finanzierung der Flüchtlingskrise sicher kein Problem. Aber davon gehe ich nicht aus. Wir erleben zurzeit eine historische

Ausnahmesituation. Aber bereits bei durchschnittlichen Steuereinnahmen wären die Kosten für die Flüchtlinge schon nicht mehr ohne Steuererhöhungen oder einer zusätzlichen Staatsverschuldung zu finanzieren.

? Könnte ein Einwanderungsgesetz zur Entschärfung der jetzigen Situation beitragen? Was müsste in einem solchen Einwanderungsgesetz festgeschrieben werden?

**Bernd Raffelhüschien:** Ich würde das Einwanderungsgesetz besser Einwanderungsbegrenzungsgesetz nennen wollen. Jedes

Land der Welt unterscheidet zwischen den Personen, die es braucht und denen, die es nicht braucht. Die Vereinigten Staaten, Kanada oder Australien kämen nie auf die Idee, Menschen einwandern zu lassen, die nicht in der Lage sind, ihre eigene Existenz zu sichern. Länder mit festen Einwanderungsregeln haben seit vielen Jahren großen Erfolg. Wenn man nur diejenigen ins Land lässt, die man braucht, kann Zuwanderung einen durchaus positiven Einfluss haben. Nur im Gegensatz zu anderen Einwanderungsländern mit staatlichen Regeln ist Deutschland das einzige Einwanderungsland ohne Einwanderungsregeln. Würde auch in Deutschland Zuwanderung durch ein entsprechendes Gesetz gesteuert, ließe sich ohne weiteres eine fiskalische Dividende erreichen, weil die neuen Bürger mehr einzahlen als sie uns kosten würden. ■



Mit Prof. Dr. Bernd Raffelhüschien sprach Rita Seiler